(Fortsetzung von Seite 1)

Köstlich für 200000 Metallarbeiter — einen neuen großzügigen Lohnraub durchzuführen. Gleichzeitig wird ein neuer Schlag gegen die Erwerbslosen durch eine neue faschistische „Notverordnung" von der Regierung Brüning vorbereitet. Die Kommunistische Partei und die RGO. werden die Front der Volksaktion gegen die Verantwortlichen für die faschistische Notverordnung, die die politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen für die katastrophale Not des Volkes sind, über das ganze Reich organisieren:

für den Sieg der roten Betriebsräte, für die Organisierung von Streiks gegen Lohn- und Gehaltsraub, für den Kampf der Erwerbslosen um Brot und Arbeit, gegen jeden Unterstützungs- und Rentenraub, gegen die Diktaturstenern, gegen die Durchführung des räuberischen Youngplanes und für seine revolutionäre Zerreißung.

Die Kommunistische Partei brandmarkt die sogenannte „Nationale Opposition" des Trustkapitalisten Hugenberg und seiner Nazis, die das generelle Verbot aller revolutionären Organisationen fordert, als

politische Vertretung faschistischer Arbeitermord- und Streikbrecherpolitik.

Die Politik der Brüning und Severing gibt diesen Parteien nur den ersehnten Anlaß, ihren politischen Bankrott durch ein neues volksbetrügerisches Auftreten als „Verteidiger" der Volksfreiheit zu maskieren. So arbeiten Sozialfaschismus und Faschismus einander in die Hände.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird alles tun, um die finsteren Pläne des Faschismus und seiner sozialfaschistischen Hilfspolizei gegen das Arbeitervolk zu durchkreuzen. Die Kommunistische Partei wird die Massen in Stadt und Land zur roten Einheitsfront des politischen und wehrhaften Kampfes gegen den Faschismus formieren. Die Stunde hat in Deutschland geschlagen, in der das brüchige Parteigebäude der Sozialdemokratie, dieser Partei des Hochverrats an den Lebensinteressen des werktätigen Volkes, unter den Schlägen der revolutionären Bewegung zusammenkrachen wird, wo Tausende von ehrlichen Arbeitern und ganze Ortsgruppen die Partei des Panzerkreuzers und Polizeiknüppels verlassen, wo ein wahrer Massenzustrom von proletarischen sozialistischen Kämpfern in die Reihen der Kommunistischen Partei sich vollziehen wird.

Vorwärts, Kommunisten! Unsere Aufgaben wachsen, unsere Opferbereitschaft und unsere Entschlossenheit wird um so stärker! Arbeitet, wie es Bolschewiki geziemt! Die Arbeiterklasse wird nach dem großen Beispiel der russischen Brüder in Deutschland herrschen.

Wir sind die Sieger von morgen!

Vorwärts, arbeitendes Volk in Stadt und Land! Schare dich um die sozialistische rote Freiheitsfahne des Kommunismus! In den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Kontoren, in den Arbeiterquartieren, in den Reihen des Mittelstandes und der werktätigen Bauern, vorwärts zur

mächtigen revolutionären Volksbewegung gegen Hunger und faschistische Tyrannei, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sozialismus, für Sowjetdeutschland!

Faßt überall Proteste beschlüsse gegen die faschistische „Notverordnung"! Antwortet auf jeden Lohnraub mit dem Streik unter der Führung der RGO.! Erwerbslose, wehrt euch im Bündnis mit den Betriebstätigen!

Fort mit der faschistischen „Notverordnung"!
Fort mit der Brüningdiktatur und ihrer Preußenregierung!
Fort mit Frick und Franzen!
Nieder mit dem Faschismus!
Es lebe der Kampf des werktätigen Deutschland für Brot, Arbeit und Freiheit!

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

SPD-Blatt gibt zu: Deutschlands Zustand

556

. . . faschistisch wie Italien!

Die Diktaturverordnung im Spiegel der SPD-Presse / SPD-Arbeiter erklärt: 1000 Bonzen diktieren! / Nur der Weg der KPD führt zur roten Kampffront!

Dresden, den 1. April.

Die berufsmäßigen Verräter am Sozialismus, die Führer der Sozialdemokratie, haben sich mit der offenen Zustimmung zur Diktaturverordnung Brünings selbst übertroffen. Nicht einmal alle Teile der Bourgeoisie wagten so eindeutig ihre Zustimmung zu dieser Verfassungsliquidierung zu äußern wie der „Vorwärts". Gestern wiesen wir bereits nach, daß auch die „linke" „Dresdner Volkszeitung" sich der Panzerkreuzerlinie willfährig erweist und hundertprozentig dem „Vorwärts" zustimmt. Die gestrige Chemnitzer „Volksstimme", deren Chef Lochel ist, der Führer der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen, schließt sich dem Block der offenen Schildhalter der Brüning-Diktatur schweifwedelnd an, hat doch der Parteivorstand gegen alle Dissidenten drohend den Finger erhoben. . . .

Aber die gewaltige Bewegung, die durch die Massen der SPD-Arbeiter geht, die den Bruch hunderttausender Proletarier mit der reformistisch-sozialfaschistischen Führung und den Anschluß an die von der KPD geführte rote Klassenfront zur Folge haben muß, läßt die SPD-Demagogen nicht zu einer einheitlichen Stellungnahme kommen. Unter dem Druck der Massenstimmung hat am Montag der Vorstand des 4. UB (Plauen-Reichenbach) zwei Entschließungen gefaßt, die wider Willen geradezu eine hundertprozentige Bestätigung dessen darstellen, was wir beim „Erlaß der Diktaturverordnung erklärten. Wörtlich heißt es u. a. darin:

„Statt Rettung der Demokratie sehen wir Ausschaltung des Parlaments auf lange Zeit und die Willkürherrschaft der kapitalistischen Regierung, gegründet auf Lohnkürzung und Sozialabbau, dazu die Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechts, also gerade das, was die Bourgeoisie mit Hilfe des Faschismus erreichen wollte!"

Was sagt das? Die Sozialdemokratie hat die Aufgaben, die die Bourgeoisie dem Faschismus für die jetzige Etappe stellte, übernommen, hat auf diese Weise die Nationalsozialisten „ersetzt", das ist mit dürren Worten der Sinn dieser Erklärung! Ist er es wirklich? Fast könnte man es glauben, wenn man in der zweiten Entschließung folgende Feststellung entdeckt:

„Dadurch wird das gesamte politische Leben Deutschlands der Willkürherrschaft der Polizei des Ausbeuterstaates ausgeliefert, ein Zustand, der eines Kulturvolks unwürdig ist und in Europa bisher einzig in den faschistischen Staaten Italien, Polen, Ungarn und einigen Balkanstaaten bestand."

Dieses ungeheuerliche Geständnis wird noch ergänzt durch das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau, das am Montag zur Verordnung folgendes erklärt:

„So wird der Belagerungszustand sich zuerst gegen die KPD richten, nach einiger Zeit, im weiteren Verlauf der weiter sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise, wird diese Waffe der Bourgeoisie sich auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter und gegen die Sozialdemokratie wenden.

Wenn die Sozialdemokratie diese neue Notverordnung still hinnimmt, wie all die anderen Belastungen vorher, so versäumt sie zu hindern das Schmieden der Waffen, mit der die Arbeiterklasse geschlagen werden soll. Eine bürgerliche Regierung, deren soziales Programm der Lohnabbau und der Abbau der Sozialgesetzgebung ist, wird diesen Belagerungszustand letzten Endes nicht gegen die Bourgeoisie anwenden, sondern der Regierung, die mit dieser Notverordnung angeblich immer noch die Demokratie verteidigen will, wendet jetzt schon sichtbarer faschistische Regierungsmethoden an, die im Endergebnis nicht gegen den, sondern wir fürchten, für den Faschismus wirken werden."

Faschismus ist also nicht nur Hitler, sondern auch Brüning. Panzerkreuzerbewilligung, ist also nicht „Rettung der Demokratie", sondern Schildhalter für den Faschismus. . . . Das wird hier unfreiwillig eingestanden.

Schrittmacher des Faschismus, Sozialfaschisten — das sind die Herren vom Wettinerplatz, das sind die SPD-Führer allesamt. Denn auch die „Kritik" der „Linken" ist nur der Versuch, die Empörung über den offenen Verrat der offiziellen, der gesamten SPD-Führung abzuschwächen durch die Erweckung der Hoffnung, es gäbe noch eine Möglichkeit, diese SPD als Partei zu ändern, zu „bessern" . . .

Schon bei der Panzerkreuzerbewilligung ließen die „linken" SPD-Führer die Katze aus dem Sack. Die 9 „Radikalen" beteuerten, daß ihr ganzes Auftreten nur Theater zur Erhaltung tausender Arbeiter für die SPD gewesen sei. Rosenfeld begründete es damit, der Frankfurter Portune erklärte:

„Aber nicht nur aus Gründen der Weltanschauung habe ich gegen den Willen der Fraktion gestimmt. Wenn die ganze Fraktion für Panzerkreuzer gewesen wäre, hätten wieder Tausende von Genossen der Partei den Rücken gekehrt."

Das ist der wahre Kern des Oppositionspudels: Nicht die Interessen des Proletariats, nicht der Wille zum Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft und ihren Staat, sondern das erbärmliche Geschäftsinteresse der Bonzen an der Erhaltung der Pfründen, Positionen und des Parteieinflusses auf die Massen ist das Motiv für diese Art „Opposition".

Ganz anders denken darüber die ehrlichen SPD-Proleten. Zwar sind noch viele gehemmt durch Illusionen über den „Kampfwillen" dieser radikalen Führer, aber schon bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß dieser gesamte Parteikörper rettungs- und hoffnungslos verfault ist im Sumpfe der Koalition mit dem Bürgertum. Auf der Groß-Frankfurter Delegiertenversammlung erklärte ein proletarischer Delegierter:

„In der Partei herrschen 1000 Genossen, die den Parteiapparat in der Hand haben und die das diktieren und ausführen, was sie wollen!"

Weiter wandte er sich gegen die Fraktionsdisziplin: „Diese Disziplin der Ausgabe sozialistischer Grundsätze geht zu weit. Die Zustimmung zum Panzerkreuzer ist ein Schlag gegen die Partei. Wir haben behauptet, die Kommunisten hätten Hindenburg in den Sattel geholfen. Mit viel größerem Recht kann man behaupten, die SPD hat Brüning zu den Notverordnungen und zu den Panzerkreuzern verholfen."

Diese proletarische Stimme im SPD-Lager muß in ihrer ganzen Bedeutung erfaßt und verstanden werden. Sie beweist, daß in diesem Stadium der Entwicklung die proletarischen Oppositionellen zu erkennen beginnen, daß in der SPD kein Platz ist für klassenbewußte Arbeiter, daß sie aber auch nicht mehr so leicht den Illusionen über die Möglichkeit einer „neuen USP" erliegen, sondern daß sich die Erkenntnis Bahn bricht: vom Panzerkreuzersozialismus führt nur ein Weg fort zur Kampffront des Proletariats, das ist der Weg zur Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei ist sich in dieser Situation ihrer Aufgabe bewußt, sie wird die Aufklärung, Ueberzeugung und Gewinnung der ehrlichen, für den erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie unentbehrlichen proletarischen Elemente der SPD mit an die erste Stelle ihrer Volksaktion gegen Faschismus und Brüning-Diktatur setzen. Sie wird durch die Tat die Massen überzeugen, daß sie allein die Führerin im Kampfe um Freiheit und Brot ist.

Wachsende Opposition in der SAJ

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir von einem oppositionellen Genossen der SAJ einen längeren Bericht über die gestrige Funktionärkonferenz der SAJ, in der Ollenhauer die Linie des Parteivorstandes zu verteidigen versuchte. Die Diskussion wurde völlig von Oppositionellen beherrscht, nicht ein einziger Redner wagte es, die Parteitaktik zu verteidigen. Ein Neustädter SAJ-Genosse erklärte, daß die Handlungen der SPD mit dem marxistischen Programm nicht vereinbar seien. Der bekannte Helmuth Wagner gab zu, daß die Praxis der Partei- und SAJ-Führung erkennen lasse, daß diese nicht mehr das Proletariat im Kampf führen könne, hetzte jedoch dann in gemeiner Weise gegen den KJVD. Das Schlußwort Ollenhauers wurde oftmals von stürmischen Protestrufen unterbrochen. Einen ausführlichen Bericht veröffentlichen wir in der morgigen Nummer.

Mätzchen statt Kampf stellt die sozialdemokratische „Aktion" bei der Tagung der nationalsozialistischen Klassenjustizdiener in Leipzig dar. Man hat dort einen Radioapparat eingeschmuggelt, über den die tapferen Nationalsozialisten fast aus dem Häuschen gerieten, weil sie glaubten, eine Bombe stecke dahinter. Die groteske Angst derselben Leute, denen das Opfer des Lebens tausender Proletarier nichts bedeutet, wird in ihrer Lächerlichkeit ergänzt durch die pompöse Aufmachung dieses Witzes durch die SPD-Presse. Wenn solche „Aktionen" zur Ablenkung der Arbeiter von den ungeheuren Verbrechen der SPD-Führer ablenken sollen, dann irren diese sich gewaltig.

Delegierte zum Chemnitzer Mietertonareß!

Leipzig, den 31. März.

Am 29. März fand in Wurzen die Tagung des Leipziger Mieterverbandes statt. Auf dieser Konferenz wurde unter anderem Stellung zur Landeskonferenz der Mieter Sachsens genommen. **2 Delegierte wurden zur Landeskonferenz gewählt.**

Mietergenossen, nehmt in allen Mieterorganisationen zur Landestagung der sächsischen Mieter Stellung! Wählt Delegierte!

Curtius auf dem Wege zur Kapitulation

Rede des Reichsaußenministers im Reichsrat über die deutsch-österreichische Zollunion

Im Reichsrat hielt gestern der Reichsaußenminister Curtius eine „Verteidigungsrede" für die deutsch-österreichische Zoll-Union. Die Rede, in überaus vorsichtiger Form gehalten, kann als halbes Zurückweichen vor den Westmächten Frankreich und England bezeichnet werden. Zwar hat es Curtius abgelehnt, daß der Völkerbundsrat sich mit der Zoll-Union unter politischen Gesichtspunkten beschäftige, erklärte aber, die Bereitschaft der deutschen Regierung vor dem Völkerbund eine juristische Erörterung zu führen. Das ist eine halbe Kapitulation; denn der von den großen imperialistischen Mächten beherrschte Völkerbundrat wird sich selbstverständlich über die nur juristische Behandlung der Frage einfach hinwegsetzen. Curtius sagte, die Zoll-Union bewege sich „völlig im Rahmen internationaler Verträge". Bald werde sich die Erkenntnis durchsetzen, daß der deutsch-österreichische Plan sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordne. (!)

Die Linie des Außenministers Curtius bewegt sich in Richtung einer Kapitulation vor Frankreich, d. h. einer Zusammenarbeit mit Frankreich gegen Sowjetrußland.

Die Zoll-Union, die keineswegs den Anschluß Oesterreichs an Deutschland bedeutet, ist eine halbe Maßnahme, mit der die Arbeiterschaft sich nicht zufrieden gibt. Curtius halbiert noch die halbe Maßnahme und bewegt sich in Richtung einer Kapitulation vor Paris und einer Zusammenarbeit mit Frankreich gegen die UdSSR. Die deutsche Arbeiterschaft und die Volksmassen verbinden den Kampf gegen das Versailler System und Youngplan und für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland mit dem Kampf gegen die Brüning-Diktatur. Nur die soziale Befreiung bringt auch die nationale Befreiung.

Volksparteiler lobt Frick

Heute Abstimmung über Mißtrauensvotum

Heute liegt im Thüringer Landtag ein Mißtrauensantrag gegen die Fortsetzung zur Beratung. Es ist wahrscheinlich, daß er angenommen wird, da die Volksparteiler dafür stimmen wollen. Mit der Zustimmung zum Mißtrauensvotum will die Volkspartei beweisen, daß die jetzige verschärfte Durchführung der faschistischen Diktatur ein wenig verschleiert wird, um sie [illegible] mit SPD-Hilfe zu betreiben. Die Karte werden dann sich wieder gefällt machen. Kennzeichnend ist ein Artikel des stellvertretenden Volksparteiführers Dr. Geyer in der „Kölnischen Zeitung", in der er schreibt:

„Man muß von den Nationalsozialisten allerdings zugeben: Sie haben in zahlreichen Fällen den Mut aufgebracht, gegen ihre unerlosen Wahlversprechungen zu handeln, indem sie z. B. neue Steuern und neue Schulden bewilligten, Sonderunterstützungen für Erwerbslose ablehnten, für Abbau auf kulturellen und Wohlfahrtsgebieten stimmten."

Schwere Naturkatastrophe in Nikaragua!

Erdbeben vernichtet die Hauptstadt

Eine Erdbebenkatastrophe hat die Hauptstadt Nikaraguas, Managua, vollkommen zerstört. Die ganze Stadt ist in Flammen. Von den 22 000 Einwohnern sollen über 1000 getötet worden sein, doch ist der ganze Umfang der Katastrophe noch nicht abzuschätzen. Der Sachschaden wird mit 30 Millionen Dollar angegeben.

Spitzelaktion in Breslau

Sprengstoff in die Garage des KPD-Blattes eingeschmuggelt

Breslau, 1. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In Breslau hat sich eine groß angelegte Spitzelaktion ereignet. Auf noch ungeklärte Weise wurde in die Garage, in der das Lieferauto der Arbeiterzeitung untergestellt ist, Sprengstoff eingeschmuggelt. Die Polizei nahm Verhaftungen vor und führte überall bei kommunistischen Funktionären Haussuchungen durch. Diese Nachricht ist zwar nicht überraschend, aber sie zeigt die niederträchtigen Methoden, mit denen die Feinde der revolutionären Arbeiterschaft und der Kommunistischen Partei arbeiten. Die Provokationsmethoden aus der Zeit des Sozialistengesetzes und des Zarismus leben wieder auf. Der Sprengstoff wurde (natürlich in einer offenen Garage der kommunistischen Zeitung auf Zugriff sofort sichtbar!) gefunden, weil man ihn brauchte, weil ihn die herrschende Klasse und ihre Presse zur frechen Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei, deren gewaltiges Wachstum sie fürchtet, braucht. Die kommunistische Partei hat bei der provokatorischen Einschmuggelung von Sprengstoff in das Hannoversche Rote-Hilfe-Büro vor mehr als einem Jahr ihre Gleichgültigkeit gegen die Ablehnung des individuellen Terrors, der Ablehnung des Bombenlegens nach anarchistischem oder faschistischem Muster erklärt. Wir richten hiermit die Warnung an alle Organisationen der Partei und der revolutionären Arbeiterschaft, durch schärfste Wachsamkeit die provokatorischen Pläne unserer Feinde zu durchkreuzen. Legt ihnen ihr provokatorisches Handwerk!

Beschlagnahmt! Verboten!

Heute vormittag beschlagnahmte Kühns Polizei die kommunistische Broschüre gegen den Preisabbauschwindel.

In Berlin wurde ein Plakat der Roten Hilfe, das der Polizei vorgelegt wurde, beanstandet, weil es den Kopf eines am 21. November 1930 von Faschisten ermordeten Arbeiters trug.

•

Die Monatsschrift „Der rote Aufbau" vom Januar (die die Krise der SPD behandelte), die vom Genossen Münzenberg herausgegeben wird, wurde vom Generalstaatsanwalt beschlagnahmt.

Verantwortlich für lokalen Teil und Redaktion: Otto Gäbel, Dresden; für Politik, Reichspolitik und Weltpolitik: Erich Kühn, Dresden; für Inserate: Wilhelm Gaunert, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A., Hauptbahnhofstraße 5.